

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

18. September 2019
1 von 4

Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des
Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1420 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Sprafke

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. Diese sicherheitspolitische Herausforderung übersteigt die Gefährdungen durch organisierte Kriminalität und islamistischen Extremismus. Rassistische Hetze, Morddrohungen gegen politische, behördliche und ehrenamtliche Vertreter*innen sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

Rechtsextreme Netzwerke gefährden Leib und Leben von Bürger*innen und wollen den demokratischen Staat, seine Vertreter*innen und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des rechten Terrors ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch den Bürger*innen ist diese Gefährdungslage mit den NSU Morden und dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke noch stärker bewusst geworden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher jährlich über die aktuelle Gefährdungslage durch rechtsextremistische Akteure unterrichtet werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der Magistrat wird gebeten, dazu Vertreter der zuständigen Behörden und befassete Beratungsstellen wie das Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst** 2 von 4

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. Rassistische Hetze, Morddrohungen gegen politische, behördliche und ehrenamtliche Vertreter*innen sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

Rechtsextreme Netzwerke gefährden Leib und Leben von Bürger*innen und wollen den demokratischen Staat, seine Vertreter*innen und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des rechten Terrors ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch den Bürger*innen ist diese Gefährdungslage mit den NSU Morden und dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke noch stärker bewusst geworden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher jährlich über die aktuelle Gefährdungslage durch rechtsextremistische Akteure unterrichtet werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der Magistrat wird gebeten, dazu Vertreter der zuständigen Behörden und befasste Beratungsstellen wie das Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

Stadtverordneter Beig, Fraktion B90/Grüne, beantragt die absatzweise Abstimmung des geänderten gemeinsamen Antrages.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+Freie Wähler+Piraten

Ablehnung: AfD

Enthaltung: CDU

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des geänderten Antrages der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+Freie Wähler+Piraten

Ablehnung: AfD

Enthaltung: CDU

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des geänderten Antrages der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+Freie Wähler+Piraten

Ablehnung: AfD

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 3 des geänderten Antrages der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **zugestimmt**.

➤ Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Extremismus, Gewalt und Terrorismus sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. **Hetze**, Morddrohungen gegen politische, behördliche und ehrenamtliche **Vertreter** sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

Extremistische Netzwerke politischer wie religiöser Natur gefährden Leib und Leben von **Bürgern** und wollen den demokratischen Staat, seine **Vertreter** und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des **Terrors** ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich

selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch **Bürgern** ist diese Gefährdungslage mit den NSU-Morden, dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke **sowie die anhaltend hohe Bedrohungslage durch islamistische bzw. salafistische Gefährder** noch stärker bewusst geworden.

4 von 4

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher **vierteljährlich** über die aktuelle Gefährdungslage durch extremistische Akteure unterrichtet werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der Magistrat wird gebeten, dazu Vertreter der zuständigen Behörden **wie bspw. das hessische Landesamt für Verfassungsschutz** in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+Freie Wähler+Piraten
Enthaltung: CDU
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **abgelehnt**.

Matthias Nölke
1. stellvertretender Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin